

Betreff:

Beteiligung von Fridays For Future

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

08.05.2019

Beratungsfolge:

		Status
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.05.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.05.2019	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Braunschweig unterstützt die Ziele der Initiative "Fridays For Future" Braunschweig (FFF), begrüßt und schätzt ausdrücklich ihr Engagement für ein nachhaltiges Leben. Der Rat nimmt die Anliegen und den Forderungskatalog der Schülerinnen und Schüler sowie der Studentinnen und Studenten ernst und strebt daher mit ihnen einen langfristigen Dialog an zwecks Auseinandersetzung und Beteiligung an den inhaltlichen Zielen des Klima- und Umweltschutzes im kommunalen Kontext.

Dazu erfolgt

- die Einladung an die FFF Braunschweig, an der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes und der Weiterentwicklung der Massnahmen mitzuwirken
- die Einrichtung eines Dauertagesordnungspunkt "Klimaschutz" in einem Fachausschuss und
- die Einladung an die FFF Braunschweig, transparent ihre Sichtweisen und ihr Feedback über die Zusammenarbeit und die Fortschreibung/Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes im Fachausschuss berichten zu können.

Die Verwaltung wird gebeten, sofern dafür weitere Beschlussvorlage(n) notwendig sind, diese zu erstellen und in die Ausschüsse zur Beratung und Abstimmung zu geben.

Sachverhalt:

Das Engagement von Friday for Future (FFF) Braunschweig zeigt, dass sie die derzeitige Umsetzung der Klimaschutzziele nicht nur als unzureichend betrachten, sondern auch, dass sie bereit sind nicht nur zu meckern, sondern sich selbst Gedanken machen, Verbesserungen aufzeigen und auch einbringen wollen.

Mit den regelmäßigen Demonstrationen und dem Forderungskatalog nehmen sie bereits Einfluss auf den politischen Prozess der Auseinandersetzung mit dem Thema Klimaschutz und Umwelt. Das begrüßen wir sehr und möchten die Partizipation dieser politisch interessierten jungen Menschen in dieser Stadt stärken!

Wir halten es darüber hinaus für äußerst wichtig

- ihr kinder- und jugendpolitisches Engagement anzuerkennen,
- zu zeigen, dass es sich lohnt für diese Meinung in die Öffentlichkeit zu gehen,
- dass sie selbst zur Meinungsbildung beitragen und ihre eigene Zukunft mitgestalten
- sie weitergehend an den kommunal-politischen Prozessen zu beteiligen.

Auch das stärkt die Demokratie!

Anlagen:
keine